



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/205

4. September 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Mit einer Stimme	S.1
Kongress der englischen Gewerkschaften	S.3
Dr.Schumacher zur Kolonialfrage	S.4
Seine Exzellenz, der Niedersächs.Staatspräsi- dent	6
Dr.Schumacher spricht zur Ostzone	S.7
Ostzonenmeldungen	S.7

Aus Anlass der Konstituierung der Bundes-
republik Deutschland am 7. September 1949
(D.Red.)

M i t e i n e r S t i m m e

-nn. Was jedem politisch interessierten Staatsbürger höchst wünschenswert erscheint, wird auf alliierter Seite beinahe zur Forderung erhoben: dass die Aussenpolitik der Bundesregierung nicht nur von den Koalitionsparteien, sondern auch von der Opposition getragen werde. Die Motive sind verschieden. Der Deutsche, dem in den Jahren der "Rückziehung" die Idealbilder der angelsächsischen Demokratie eingehämmert wurden, hält es für plausibel, dass in nationalen Fragen eine einheitliche Meinung in Erscheinung tritt. Für die Alliierten ist Opposition gleichbedeutend mit dem unbequemen Dr.Schumacher. Die Versuche, Dr.Schumacher innerhalb seiner eigenen Partei zu isolieren, deuten denn auch darauf hin, dass man einer strapaziösen Auseinandersetzung Mittel vorzieht, die das Licht des Tages scheuen müssen. Auch die Regierung hat ihre propagandistischen Anstrengungen vergeblich darauf konzentriert, den natürlichen politischen Kampf mit der Opposition zu einem persönlichen Problem des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei zu machen.

Die aussenpolitische Unterstützung der Regierung durch die Opposition kann natürlich niemals in Form eines Blankoschecks erfolgen. Wenn die Regierung sich in aussenpolitischen Fragen nicht einer öffentlichen Auseinandersetzung aussetzen will, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt

werden: 1. Rechtzeitige Information über geplante Schritte und 2. Einhaltung des Verhandlungsergebnisses. Dass es damit sehr im argen liegt, weiss man nach der Erfahrung eines Jahres nicht nur auf Seiten der Opposition, sondern auch im Lager der Regierungsmehrheit. Der Bundeskanzler hat von Anfang an seine Aussenpolitik ohne Vorberatung mit den parlamentarischen Instanzen gemacht und so musste das Ergebnis seiner Initiative die Volksvertretung manchmal geradezu herausfordern. Man hat sich oft gefragt, ob Dr. Adenauer so handelte, um seinen Ruhm nicht schmälern zu lassen, oder ob er es in engherziger Verkennung der demokratischen Gegebenheiten für nicht notwendig erachtete, in Lebensfragen der Nation irgend jemand zu Rate zu ziehen. Das Urteil fällt nach dem Rückblick auf das vergangene Jahr nicht schwer.

Auch der bibelfeste Chef der ersten Bundesregierung wird zugeben müssen, dass er häufig Berge kreissen liess und doch nur ein Mäuslein geboren ward. Wenn er ein ehrliches Urteil suchte, müsste er sich sagen, dass die Politik nicht nur eine Angelegenheit der geschickten Manipulation ist und dass das Ansehen auch hochbetagter Männer nicht geschmälert wird, wenn sie sich beraten lassen. Falsch ist es, sich vor dem Urteil der Geschichte zu fürchten, aber weitaus verhängnisvoller, nur darauf zu vertrauen und das Urteil der lebendigen Umwelt zu missachten. Die Politik befindet sich in rasender Bewegung, doch ist es immer ein Wagnis, auf die Vergesslichkeit der Massen zu spekulieren. Petersberger Abkommen, Europa-Rat und Remilitarisierung, um nur einige Etappen zu nennen, sind mit dem Werden des deutschen Staatswesens untrennbar verknüpft. Bei dem schwierigen Problem der Sicherheit und der Verteidigung schien sich eine engere Verbindung zwischen Bundeskanzler und Oppositionsführer anzubahnen. Obwohl aber der Kanzler mit den Gedankengängen Dr. Schumachers sehr wohl vertraut war, kamen das Interview in einer amerikanischen Zeitung und der nicht sehr glückliche Vorstoss auf dem Petersberg.

Gewiss, der deutsche Regierungschef hat sich in der Welt Gehör zu verschaffen gewusst, aber abgesehen von der unnötigen Verwirrung im eigenen Lande ist doch nicht mehr erreicht, als die Aufgabe wichtiger taktischer Positionen gegenüber den Siegermächten. Die sozialdemokratische Opposition ist weit davon entfernt zu frohlocken, wenn die Dinge in dem Sicherheitsmemorandum der Bundesregierung jetzt auf jenes Mass reduziert zu sein scheinen, das von Anfang an angebracht gewesen wäre. Aber man kann es sich nicht versagen, diesen Vorgang als negatives Beispiel dafür anzuführen, dass für die gemeinsame Sache der Deutschen viel erreicht werden kann, wenn Bundesregierung und Opposition von Fall zu Fall einen einheitlichen Standpunkt aushandeln, der mit seinem ganzen Gewicht nach aussen vertreten wird.

Zum Beginn des Kongresses der englischen
Gewerkschaften in Brighton.

Kongress der englischen Gewerkschaften

F.S. London, Anf. September

Der englische Arbeitnehmer, seit Jahrzehnten viel stärker gewerkschaftlich als politisch interessiert, wird mit dem Ende des gegenwärtig tagenden Gewerkschaftskongresses in Brighton die Entscheidungen einer Konferenz erwarten, die rund acht Millionen Mitglieder vertritt. Der kommunistische Einfluss wird auf der Tagung so gut wie ausgeschaltet sein. Dennoch wird die Leitung des Kongresses sich sehr anstrengen müssen, wenn sie die im Vordergrund stehende Frage der Lohnpolitik nicht zu sehr im Widerspruch mit den Forderungen des Kongresses steht. Schatzkanzler Stafford Cripps hat klar zum Ausdruck gebracht, dass Erhöhungen der Löhne und Gehälter für die nächste Zeit nicht in Aussicht gestellt werden können, ist allerdings bereit, die allgemeinen Lebenskosten zu senken. Herbert Morrison, das zur Zeit einflussreichste Mitglied des Vorstandes der Labour Party, hat seinen gemässigten Standpunkt innerhalb dieses Gremiums durchgesetzt. Opposition wird von einer Reihe von Gewerkschaften zu erwarten sein, die eine ungebundene Lohnpolitik fordern.

Die kürzliche grundsätzliche Erklärung der Labour Party hat zwar festgestellt, dass an eine Beendigung der Nationalisierung gewisser privatwirtschaftlicher Betriebsgruppen prinzipiell nicht gedacht wird, nannte aber keine Termine und verzichtete im Gegensatz zu früher darauf, einzelne Industrien, z.B. die Zement-Erzeugung und das Versicherungswesen ausdrücklich zu erwähnen. Da im Vorstand der Labour Party der Gewerkschaftsrat sehr stark vertreten ist, der die Erklärung der Partei ohne grosse Opposition gut hiess, kann nicht damit gerechnet werden, dass die Führung der Gewerkschaften zu nennenswerten Konzessionen an die Opposition bereit ist. In keinem Falle aber - auch nicht in dem unwahrscheinlichen, dass die Gewerkschaftsopposition sich durchsetzt - dürfte die Regierung sich bereit erklären, auf ihre Lösung dieser Fragen zugunsten der gewerkschaftlichen Forderung zu verzichten.

Diese beiden Punkte; Lohnfragen und Nationalisierung, stehen im Mittelpunkt des Kongresses. Der Vorstand der Gewerkschaften nimmt zu ihnen einen eindeutigen Standpunkt ein. Seine Sprecher gehen davon aus, dass der Lebensstandard des englischen Arbeiters während der letzten Jahre unvergleichlich gehoben wurde, dass wilde Streiks und unbegrenzte Lohnforderungen die ökonomische Sicherheit Englands gefährden, dass die

Preise zwar gesenkt, aber die verhältnismässig hohe Luxussteuer auch für Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens beibehalten werden müssten, ~~dass die Produktion zu erhöhen und die Besteuerung des Unternehmers im gleichen Ausmass aufrecht zu erhalten wären, dass zwar die gleiche Entlohnung der Arbeit von Mann und Frau prinzipiell zu wünschen wäre, aber im Augenblick von der Regierung nicht erfüllt werden könnte. Seine Stellungnahme zu Forderungen der Kongressteilnehmer auf intensivere Durchführung der Nationalisierung wird der Gewerkschaftsvorstand endgültig vom Verlauf der Konferenz abhängig machen müssen.~~

wird

Die öffentliche Diskussion dieser Fragen durch den Kongress nicht beendet sein. Die durch den Kongress getroffenen Entscheidungen werden den Ausgang einer eventuellen Neuwahl des Parlaments nicht unwesentlich entscheiden. Während der gemässigte Flügel von Gewerkschaft und Partei weite Kreise des Mittelstandes anzuziehen glaubt, befürchten die weiter nach links eingestellten Gruppen eine Abwanderung der bisherigen Wählerschaft.

Dr. Schumacher zur Kolonialfrage

Der politische Redakteur am "Franc Tireur", Jean Rous, wandte sich in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des "Völkerkongresses gegen den Imperialismus" an Dr. Schumacher mit der Bitte, ihm seine Einstellung zum Kolonialproblem zu präzisieren. Dr. Schumacher hat dem "Sozialdemokratischen Presse-dienst" seine Antwort zur Veröffentlichung überlassen. Darin heisst es:

"Was meine Stellung und die der deutschen Sozialdemokratie zum Kolonialproblem und zu dem der afrikanischen und asiatischen Völker betrifft, so möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass die deutsche Kolonialpolitik 1918 aufgehört hat, weshalb wir als deutsche Sozialdemokraten seit dieser Zeit einen direkten Anteil an diesem Problem nicht mehr genommen haben. Aufgrund ihrer demokratischen, humanen und freiheitlichen Prinzipien hatte sich die deutsche Sozialdemokratie bis 1918 selbstverständlich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung kolonialer Völker durch die kaiserliche Regierung, gegen die für diese Zwecke angeforderten Mittel und insbesondere gegen den Wettkampf der Grossmächte um die Ausdehnung ihres Kolonialbesitzes und ihrer Einflusssphären gewandt, der eine der wichtigsten Ursachen des ersten Weltkrieges war.

Obwohl für mich als deutschen Politiker kein direkter Anlass zu

einer Stellungnahme zum Kolonialproblem besteht, möchte ich als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie jedoch mit Nachdruck versichern, dass wir dem Freiheitsstreben und dem Rechtsanspruch der noch unter Kolonialherrschaft lebenden Völker mit grösster Sympathie gegenüberstehen und dass wir die politische Freiheit und die Gleichberechtigung, die wir für unser eigenes Volk erstreben, auch allen anderen Völkern zugewilligt sehen möchten. Jedes Vorurteil gegen andere Menschenrassen und jede Politik, die darauf aus ist, die Vorherrschaft einer Rasse über andere zu errichten oder zu verewigen, lehnen wir mit Entschiedenheit und Entzweiung ab.

Wir haben den Weg des indischen und indonesischen Volkes zur Unabhängigkeit mit Anteilnahme und guten Wünschen verfolgt und hoffen innig, dass auch die noch unter Kolonialherrschaft lebenden Völker in naher Zukunft als freie Nationen in Freundschaft und wirtschaftlichem und kulturellem Austausch mit den Völkern Europas und Amerikas leben werden.

Mit Besorgnis sehen wir, wie die Sowjetunion mit allen Mitteln und in Ostasien nicht ohne Erfolg versucht, das Freiheitsstreben der Kolonialvölker für ihre Zwecke zu missbrauchen, um an die Stelle des absterbenden europäischen Imperialismus den neuen Imperialismus der Sowjetunion zu setzen.

Als Sozialdemokraten sind wir überzeugt, dass die Unabhängigkeit der Völker nur dann einen wahren Fortschritt bedeutet, wenn sie auf demokratischer Grundlage und Achtung der menschlichen Freiheiten beruht; zugleich aber wissen wir, dass Gleichberechtigung der Völker solange ein leeres Wort bleibt, wie in einigen Teilen der Welt krasse Armut und in anderen Überfluss herrscht. Deshalb verfolgen wir alle Pläne, die zur Hebung des Lebensstandards in den Elendsgebieten der Welt führen können, mit lebhaftem Interesse, mag es sich um den vierten Punkt des Programms des Präsidenten Truman oder um europäische Wirtschaftspläne handeln, die auch den aussereuropäischen Völkern wirtschaftlichen Aufschwung verheissen könnten".

Seine Exzellenz, der Niedersächsische Staatspräsident

sp. Mit einjährigem Bonner Lorbeer bekränzt, betrat Heinrich Hellwege, Vorsitzender der Deutschen Partei, in Ülzen wieder heimatlichen Boden. Aus dem Parteiführer, der vor zwei Jahren auf dem letzten Parteitag der DP in Verden/Aller Mühe hatte, die Delegierten angesichts der plötzlich angekündigten Währungsreform beisammenzuhalten, war inzwischen ein "Staatsmann" geworden. Das eine Jahr Bonn hat den niedersächsisch beengten Horizont des Bundesministers offenbar in ungeahnter Weise geweitet; wie anders liesse sich sonst Hellweges beim Bundeskanzler vorgetragener Wunsch erklären, Leiter des in Aussicht genommenen Europa-Ministeriums zu werden. Auch Minister Hellwege hat inzwischen eingesehen, dass das Koordinierungsministerium, das er zur Zeit mit allen Kräften zu halten sich anstrengt, auf die Dauer die Existenzberechtigung nicht nachweisen kann, daher strebt er zu neuen Ufern, lies neuen Krippen.

Aber als Europa-Minister würde er sich noch mehr von seiner ursprünglichen Basis, der niedersächsischen Scholle, entfernen, die in keiner seiner Reden auf niedersächsischem Boden fehlt. Das weisse er und er weiss auch, dass der Kern seiner Partei, die "Welfen", die Horizontweitung der DP mit Mißtrauen betrachten. Schon hat sich eine Gruppe abgesplittert, schon gärt es auch in anderen Gruppen. Trotz kühner Europagedanken kann aber auch Hellwege nicht auf die Wählerstimmen verzichten, die ihn ja erst hoffähig machen. Darum warf er in Ülzen den DP-Niedersachsen einen verlockenden Brocken vor: Niedersachsen braucht einen Staatspräsidenten. Denn der Verfassungsentwurf des Kabinetts Kopf, der demnächst im Landtag zur Behandlung kommt, werde "in keiner Weise den geschichtlichen Gegebenheiten und der landschaftlichen Eigenart des niedersächsischen Gebietes gerecht".

Welch kühner Gedankenflug eines Mannes, der jahrelang gezwungen war, sein Licht unter den niedersächsischen Scheffel zu stellen, bis ihm die Gunst der Bonner Verhältnisse Gelegenheit gab, seine staatsmännischen Fähigkeiten zu entwickeln! Und Welch einschmeichelnder Gedanke, in Zukunft nicht nur Bund und Länder, sondern auch Bundespräsident und 11 Staatspräsidenten koordinieren zu können! Vielleicht wäre so auch das Koordinierungsministerium zu retten.

Bundesminister Seebohm ist in Ülzen nicht öffentlich hervorgetreten. Soviel Bescheidenheit muss bei einem Mann wie Dr. Seebohm überraschen. Aber auch dieser Vorgang ist nicht ohne Ursache. Auch Seebohms

Horizont hat sich geweitet, allerdings in einer anderen Richtung. Dr. Seeböhm spürt, dass die Basis der DP für einen Bundesminister bereits zu schwankend geworden ist und er sucht daher seit einigen Monaten seine "Gefolgschaft" unter den Flüchtlingen. Man kann auch diesem Sprung nicht Kühnheit absprechen, zumal ihm die echten Grundlagen fehlen. Aber solche Mängel können weder bei Seeböhm noch bei Hellweges Staatspräsidenten überraschen.

- - - -

Dr. Schumacher spricht zur Ostzone

sp. Auf einer Gedenkfeier für die Opfer der Kz in Nazideutschland und der Sowjetzone, die am 10. September 1950 von der SPD im Kuppelsaal des Hannoverschen Rathauses veranstaltet wird, spricht Dr. Kurt Schumacher. Er wird sich dabei vor allem an die Bewohner des von der SU besetzten Teiles Deutschlands wenden. BBC, Rias und NWDR übertragen die Rede in Sondersendungen und die Wochenschauen wollen die Veranstaltung im Bilde festhalten. Neben Kräften der Städtischen Bühnen, Hannover, werden Sängerkhöre des DAS (Deutscher Allgemeiner Sängerbund) und das Graphische Orchester Hannover der Gedenkfeier den künstlerischen Rahmen geben.

PEPTONISAT:

P E P T O N I S A T

Nährpräparat bei allen durch Eiweissmangel hervorgerufenen Hungerschäden

Peptonisat wird hergestellt durch hydrolytischen Aufschluss von Milch-, Hefe- und Keratin-Proteinen und enthält alle biologisch wichtigen Aminosäuren.

Anwendung: prophylaktisch bei eiweissarmer Kost täglich 20 - 30 g, das sind 2-3 Esslöffel.

Therapeutisch bei bereits eingetretenen Hungerschäden gem. ärztl. Verordnung bis 100 g pro Tag.

Am besten als Zusatz zu Suppen und anderen Speisen.

Inhalt: ca. 140 g

Preis: DM 2,47 m.U.-St.

Vertrieb: GEHE, Dresden N 6, Vereinigung volkseigener Betriebe

+

Besser als alle bombastischen Erklärungen der moskowitzischen deutschen Statthalter über den unaufhaltsamen Aufstieg des Lebensstandards in der "Deutschen Demokratischen Republik" beleuchtet dieses Inserat in den sowjetzonalen Zeitungen die tatsächlichen Verhältnisse.

Abschrift aus dem Rundschreiben der Chemnitzer SED-Leitung:

"Protokolle über Diskussionen bei der Schulung in allen Schulen und Kindergärten müssen nach der Schulung an den Genossen Wohlgenut in der Lessing-Schule II abgegeben werden. In den Protokollen müssen abweichende Äußerungen wörtlich und mit Namensnennung zitiert werden. Daraus sollen Rückschlüsse über die politische Einstellung des Elternhauses gezogen und dem SSD zugänglich gemacht werden".

Verantwortlich: Peter Raunau